

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
04/2014*



P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Liebe FreundInnen!

Am Donnerstag ist der Nationalrat zu einer weiteren Sondersitzung zusammengekommen. Diskutiert wurde eine Dringliche Anfrage der Grünen zur Bildungspolitik an Bundeskanzler Werner Faymann.

Einen Tag zuvor fand ein EU-Unterausschuss statt, in dem uns Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner zum aktuellen Stand der Verhandlungen des Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA Rede und Antwort stehen musste.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Donnerstag, dem 24. April 2014, trat der Nationalrat zu einer Sondersitzung zusammen. Im Rahmen einer Dringlichen Anfrage der Grünen zum Bildungsbudget an Bundeskanzler Werner Faymann wurde die Zukunft der österreichischen Bildungspolitik diskutiert. Faymann stellte klar, dass es ein gleichbleibendes Budget für die Bildung gibt und der Ganztagschulausbau sowie auch das große Schulbauprogramm voll gesichert sind.

Bundeskanzler Faymann betonte in seiner Rede, dass es für die Bildung ein „gleichbleibendes Budget gibt und wir deshalb effizienter wirtschaften müssen, weil es in vielen Bereichen **verstärkte Ausgaben** für die so wichtigen **Offensivmaßnahmen**, wie etwa den Ausbau der **Ganztagschulplätze**, gibt“. Österreich will „**nicht das teuerste, sondern das beste Bildungssystem – daher sind Doppelgleisigkeiten anzugehen**“ und genau das werde jetzt gemacht, nämlich Verbesserungen und Effizienzsteigerungen im Bildungssystem zu erreichen, ohne, dass in den Klassenzimmern gespart wird.

"Der Ausbau der anstehenden Projekte ist gesichert, und die **Länder** waren mit dem einmaligen **Aufschub aus Beträgen, die aus den Vorjahren geblieben sind**, und der Einstellung im Jahr 2018 grundsätzlich **einverstanden**", erklärte Faymann. Der Kanzler erinnerte auch daran, dass das **Bildungsbudget** zwischen **2009 und 2013** um **13 Prozent gesteigert** wurde, während das Bundesbudget im Durchschnitt nur um 9 Prozent gestiegen ist. Außerdem unterstrich Faymann nochmals, dass im Rahmen von verstärkten Schwerpunktsetzungen im Bildungsbereich die **Mittel für den Ganztagschulausbau verdoppelt** wurden. Angesichts dieser zusätzlichen Mittel sei klar, dass es gelte, Doppelgleisigkeiten zu beseitigen.

Klar **gegen eine Verländerung** des Bildungssystems und des LehrerInnenwesens sprach sich **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** aus, da „**Bildung Bundessache ist**“. Stattdessen arbeite die Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek daran, durch **Einsparungen in der Verwaltung und der Beseitigung von Doppelgleisigkeiten**, die Effizienz im Bildungssystem zu steigern. Es bleibe aber dabei: In dieser Legislaturperiode, also **bis 2018**, stehen **zusätzlich 400 Millionen Euro des Bundesbudgets für den Ausbau der Ganztagschule** zur Verfügung. Diese Zahl wird sich nicht verändern“, erklärte auch der SPÖ-Klubobmann.

Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek hat klargestellt, dass der Ausbau der Ganztagschulen gesichert ist. Hier werde **"kein Cent" eingespart**, anderslautende Meldungen basierten auf einem **"groben Missverständnis"**, versicherte die Ministerin.

SPÖ-Bildungssprecherin Elisabeth Grossmann hat im Rahmen der Debatte einen **Antrag der Koalitionsfraktionen** eingebracht, in dem Bildungsministerin Heinisch-Hosek ersucht wird, bei den Konsolidierungsmaßnahmen die **Qualität der öffentlichen Leistungen sicherzustellen** und zu gewährleisten, dass das **Geld bei den Schülerinnen und Schülern ankommt**. Während der Misstrauensantrag der FPÖ gegen Bildungsministerin Heinisch-Hosek abgeschmettert wurde, wurde der SPÖ/ÖVP-Antrag von allen Fraktionen außer dem Team Stronach angenommen.

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Muttonen/Regner: TTIP darf kein Einfallstor für gewerkschaftsfeindliche Politik werden \(24.04.2014\)](#)

GASP/GSVP – Konferenz in Athen



Vom 02. bis 05. April war ich auf der interparlamentarischen Konferenz zur Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) in Athen. Die Konferenz findet seit 2012 zweimal jährlich in dem EU-Land statt, das auch die EU-Ratspräsidentschaft inne hat.

Dominierendes Thema waren natürlich auch hier, die Ukraine und die Beziehungen zu Russland. Dabei wurde erneut die unterschiedliche Bewertung der augenblicklichen Situation durch die ost- und südosteuropäischen EU-Staaten und Ländern wie Österreich und Deutschland deutlich. Während die osteuropäischen Staaten aufgrund der Nähe und der historischen Erfahrungen mit Russland einen strengeren Kurs gegenüber Moskau fordern, setzen Österreich und Deutschland zurzeit noch auf einen intensiveren Dialog.

Neben der Ukraine standen noch weitere Themen auf der Tagesordnung, darunter die maritime Sicherheitsstrategie der EU, die Entwicklungen im Nahen Osten und die parlamentarischen Entscheidungsprozesse bei Einsätzen von Streitkräften im Rahmen der GSVP. Das Foto zeigt die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton.

Offene Fraktionssitzung zum EU-USA-Freihandelsabkommen

Am 10. April habe ich im SPÖ-Klub zu einer offenen Fraktionssitzung zum EU-USA Freihandelsabkommen eingeladen. Die Veranstaltung stieß auf reges Interesse unter Abgeordneten und Mitarbeitern. Wichtigen Informationsinput gab es nicht nur von den geladenen ExpertInnen - Mag. Norbert Feldhofer (Abteilungsleiter Abteilung IV/1 BKA), Mag. Ulrike Neufang (Stv. Kabinettschefin EU- und Internationales BMASK) und Dr. Elisabeth Hagen (Geschäftsführerin Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche). Auch die VertreterInnen von AK und ÖGB sowie der Abgeordnete Jörg Leichtfried, der im Europäischen Parlament im Ausschuss für internationale Handelsbeziehungen sitzt, konnten wichtige Fakten und Ansichten beisteuern.

Dabei kristallisierte sich schnell der Konsens heraus: einem Freihandelsabkommen kann von Seiten der SPÖ nur dann zugestimmt werden, wenn spürbar neue und hochwertige Jobs in Österreich geschafft werden und es zu keiner Absenkung unserer hohen und guten Umwelt-, Lebensmittel-, Arbeits- und Sozialstandards kommt. Auch die intransparenten internationalen Schiedsgerichte, die das Freihandelsabkommen vorsieht und in denen international operierende Anwaltskanzleien über Rechtsstreitigkeiten zwischen Staaten und Investoren entscheiden, lehnen wir ab. Die USA wie auch die EU verfügen über ausgezeichnete Rechtssysteme. Wenn sich ein Investor ungerecht behandelt fühlt, kann er wie jede(r) normale EU-BürgerIn vor einem normalen Gericht klagen.

Besonders wurde von uns das intransparente Verfahren kritisiert, in dem die EU-Kommission mit den US-Vertretern verhandelt. Die Kommission hat ihre Verhandlungspositionen zwar mittlerweile zugänglich gemacht, die amerikanischen Positionen werden aber weiterhin geheim gehalten. Das ist nicht nur aus demokratischer Sicht fragwürdig, es verhindert auch eine öffentliche Debatte, die auf Fakten anstatt auf Gerüchten basiert.

EU-Wahlkampfauftakt in St. Kanzian

Am 11. April gab die Kärntner SPÖ in St. Kanzian ihren Startschuss für den EU-Wahlkampf. Der Veranstaltungsort war dabei wohl gewählt, denn St. Kanzian ist die Heimatgemeinde unseres sozialdemokratischen Spitzenkandidaten Eugen Freund.

Landeshauptmann Peter Kaiser strich noch einmal heraus, wie wichtig die kommenden Parlamentswahlen auch für die Kärntnerinnen und Kärntner sind. Kärnten brauche Eugen Freund und die Sozialdemokratie als starke Partner in Brüssel. Ein Richtungswechsel in Europa sei dringend notwendig. Die EU müsse unbedingt sozialer werden. Die Arbeitslosigkeit gehöre endlich bekämpft, Banken und Fonds müssten endlich stärker reguliert und durch eine Finanztransaktionssteuer an den Kosten der Finanzkrise beteiligt werden. Gerade das Beispiel der Hypo zeige deutlich welche immensen Schulden entstehen, wenn Größenwahn und willfähige Manager zum Schaden eines Landes zusammenwirken. Dazu müsse man auch einiges in der EU kritisch hinterfragen, stellte Kaiser fest, doch „die EU und Europa sind nicht das Problem, sie sind die Lösung“.



Eugen Freund ging in seiner Rede besonders auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit ein. Dass die Banken, aber nicht die Jugend in der EU systemrelevant seien, sei Ergebnis einer konservativen und neoliberalen Politik, die sich um Banken und Lobbyisten gekümmert, aber die Menschen vergessen habe. „Das wollen wir Sozialdemokraten ändern, als stärkste Kraft im europäischen Parlament mit dem Sozialdemokraten Martin Schulz als Kommissionspräsidenten“, so Freund. Nur eine gestärkte Sozialdemokratie könne den notwendigen Kurswechsel weg von einem Europa der Lobbyisten hin zu einem sozialeren und gerechteren Europa der Menschen einleiten. Das könne er aber nicht alleine schaffen, merkte der Spitzenkandidat an. Das ginge nur gemeinsam. Wenn die Menschen ein besseres und sozialeres Europa wollten, dann müssten sie am 25. Mai zur Wahl gehen und die Sozialdemokratie wählen.

Ostereier verteilen mit Eugen Freund

Am 11. April hat die SPÖ Villach gemeinsam mit unserem EU-Spitzenkandidaten Eugen Freund rote Ostereier in der Innenstadt verteilt. Die Aktion war ein großer Spaß für alle Beteiligten.

Die VillacherInnen haben sich nicht nur über die roten Ostereier gefreut, sondern auch die Chance genutzt, mit Eugen Freund ins Gespräch zu kommen und EU-Fragen ausführlich zu diskutieren.



Debatte zum EU-USA-Freihandelsabkommen (TTIP)



Am 24. April fand ein EU-Unterausschuss zum Thema EU-USA-Freihandelsabkommen mit Wirtschaftsminister Mitterlehner statt. Dabei wurden zwei von mir initiierte Anträge verabschiedet, in denen wir die österreichische Regierung auffordern, sich für mehr Transparenz in den Verhandlungen einzusetze,

für die Verpflichtung zur Einhaltung hoher sozialer, datenschutzrechtlicher und ökologischer Mindeststandards einzutreten und eine Absenkung europäischer Standards zu verhindern.

Von sozialdemokratischer Seite haben wir dem Wirtschaftsminister klar gemacht, dass wir weder im Nationalrat noch im Europäischen Parlament einem Handelsabkommen zustimmen werden, das sich negativ auf die Beschäftigungsbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auswirkt oder Gewerkschaftsrechte untergräbt. Und dass wir keinem Abkommen zustimmen werden, das europäische Standards im Sozialbereich und im Konsumentenschutz senkt (Siehe auch obige Presseaussendung vom 24. April).

Im Anschluss an die Sitzung habe ich mich noch zu einem kurzen Gespräch mit Vertreterinnen des Bündnisses „TTIP stoppen“ getroffen, die mir einen Katalog mit ihren Forderungen zum Freihandelsabkommen überreicht haben.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at